

sehr entstellt werden könnte. (3) Angesichts der Flut an sekundären Erfahrungen, die durch die Medien mehr und mehr auf die Menschen sich ergießen, plädierte Fuchs für *Verweigerung*. (4) Eine verstärkte Form von kirchlicher Selbstdarstellung schalte verschiedenste Gruppen in der Kirche von einer Repräsentanz in den Medien aus. Es bestehe die Gefahr, daß wiederum für die Basis aber nicht mit ihr Öffentlichkeit hergestellt würde. (5) Im Sinne einer Kritik der Mediensprache müsse gefragt werden, ob denn die gegenwärtige (Medien-)Sprache überhaupt tauglich sei, ohne weiteres die Inhalte des Evangeliums transparent zu machen.

Der Bielefelder Pastoraltheologe *Traugott Stählin* machte demgegenüber auf die Chancen einer neuen religiösen Sinnvermittlung in den Medien aufmerksam, die dem Bild einen höheren Stellenwert einräumt. Die Protestanten könnten in dieser Hinsicht einiges von den Katholiken lernen. Die angebliche Schwäche des Katholizismus, mehr Wert auf das Bild und die innere Schau als auf das gehörte Wort (wie die Protestanten) zu legen, könne sich im Umgang mit den modernen Massenmedien als eine Stärke erweisen. Gerade wegen der inzwischen wieder erkannten Bedeutung von Mythen und Bildern gelte es allerdings auch danach zu fragen, wie der Mensch in der von elektronischen Medien beherrschten Bildwelt sein Weltbild vor Fremdbestimmung, Entfremdung und Chaos bewahren könne. Wenn die Kirche sich heute bei den modernen Medien engagiere, setze sie sich notwendigerweise dem Risiko aus, sich darin zu verlieren. Vielleicht könne sich aber auch genau in der Übernahme dieses Risikos die Bereitschaft ausdrücken, das Schicksal dieser Zeit mitzutragen.

Über die Medien eine neue Kirchlichkeit?

Fuchs und Stählin brachten die *grundlegende Ambivalenz der neuen Medienentwicklung* auf den Punkt. Theologie und Kirche sind damit auf jeden Fall wesentliche Fragen für das Verhältnis von Glauben und moderner Gesellschaft gestellt. Die Kirchen müssen sich diesen Fragen schon deshalb stellen, weil sie, wie es der Würzburger Pastoraltheologe *Rolf Zerfaß* nannte, in einem „Rollenkonflikt“ stehen: Einerseits haben sie den Anspruch, innerhalb der Gesellschaft diakonisch zu wirken, andererseits möchten sie missionarisch Verkündigung betreiben. Nur neue Möglichkeiten für die Verkündigung zu sehen und Gefahren zu übersehen, könnte u. U. bedeuten, daß das Widerständige des christlichen Glaubens verwässert wird. Nur gesellschaftlich gegensteuern zu wollen könnte bedeuten, die Menschen unter den herrschenden Bedingungen einer Mediengesellschaft nicht mehr zu erreichen.

Zwei weitere Aufgaben stehen in dem Zusammenhang für die Zukunft gleichfalls an: Wolfgang Hessler sprach sich dafür aus, Formen der Teilnahme am kirchlichen Leben über die Medien auch als eine Art von Kirchlichkeit anzuerkennen. Damit ist die Frage nach der Bedeutung der *Gemeinde* angesichts der Medien gestellt. Für eine Kirche, die sich ihrem Wesen nach als Gemeinde versteht, ist dies keine periphere Frage. Auffallend viel war in Ludwigshafen von einem vergleichsweise „alten“ Medium die Rede, vom Film: *Reinhold Iblacker* SJ plädierte engagiert für einen verstärkten Dialog von Theologen und Filmemachern und Traugott Stählin für eine neue Bildgrammatik, für eine wirklich narrative Theologie, um so zu einer Verkündigung zu kommen, in der Geschichten und Bilder einen größeren Stellenwert erhielten. *Klaus Nientiedt*

Am Rande der Gesellschaft

Die katholische Kirche in Pakistan

Die Staatsreligion Pakistans ist der Islam, zu dem sich 96,8% der annähernd 90 Millionen Pakistanis bekennen. Unter ihnen dominieren die Sunniten, während die verschiedenen schiitischen Richtungen nur einen Bevölkerungsanteil von 15–20% besitzen. Die zweitgrößte Religionsgruppe bilden die Christen, die mit etwa 1,25 Millionen Gläubigen (1,4% der Bevölkerung) gleichwohl nur eine verschwindend kleine Minderheit repräsentieren. Sie gehören zumeist den im „Nationalen Kirchenrat Pakistans“ zusammengeschlossenen protestantischen Kirchen an, wobei die methodistische „Kirche von Pakistan“ mit 400 000 Mitgliedern die größte Gemeinschaft darstellt, gefolgt von der „Vereinigten Presbyterianischen Kirche“ mit 100 000 Gläubigen. Die Hindus, wie die Christen vorwiegend im Grenzgebiet zu Indien lebend, haben einen Bevölkerungsanteil von 1,3%. Hierbei überwiegen die Angehörigen der „scheduled castes“ („Kastenlose“), deren religiöse Riten gewisse islamische Einflüsse aufweisen.

Andere Religionsgruppen wie die Parsen oder die Buddhisten sind zumindest zahlenmäßig fast bedeutungslos.

Minderheit mit Personalproblemen

Die vergleichsweise junge *katholische Kirche Pakistans* ging aus der um die Mitte des 19. Jahrhunderts einsetzenden Mission hervor, nachdem frühere Bekehrungsversuche kaum Spuren hinterlassen hatten. 80% der 470 000 Gläubigen (0,5% der Bevölkerung) leben in der bevölkerungsreichsten, an Indien grenzenden Provinz *Punjab*, vor allem in den Regionen Lahore, Faisalabad und Rawalpindi. Die überwältigende Mehrheit entstammt einer ehemals hinduistisch geprägten Familientradition, zumal das Christentum in rein islamischen Regionen nur schwer Fuß fassen konnte.

Die Erzdiözese Karachi und fünf weitere Diözesen werden – mit einer Ausnahme – von einheimischen Oberhir-

ten geleitet, doch ansonsten überwiegen im Klerus *ausländische Priester*. Etwa die Hälfte der 87 Weltpriester stammt aus den indischen Diözesen Goa und Mangalore, und unter den 136 Ordenspriestern gibt es gar nur einige wenige Punjabis. Auch unter den rund 60 Ordensbrüdern finden sich vorwiegend Ausländer, und einzig unter den 650 Ordensschwestern ist der Anteil Einheimischer recht hoch (z. B. in der Diözese Faisalabad 50%) (Angaben im wesentlichen nach dem Päpstlichen Jahrbuch 1984 – Stand Ende 1982). Der deutlich spürbare *Priestermangel* wird auch in Zukunft allenfalls langsam behoben werden können. Seit zwei Jahrzehnten stagniert die Zahl der Priester, da es nicht genügend einheimische Berufungen gibt und etwa ausscheidende Missionare nicht ersetzt werden können, weil die Regierung in aller Regel keine neuen Missionare ins Land läßt. Das hohe Durchschnittsalter der Missionare läßt befürchten, daß sich die Lage vorerst eher verschärft, zumal es nur rund 40 Seminaristen gibt.

Große Bedeutung kommt deshalb der Arbeit der 350 *Katechisten* zu sowie den zahlreichen Ordensleuten, die seit der weitgehenden Verstaatlichung des Schulwesens mit anderen Aufgaben betraut werden können. Allerdings bereitet die Ausbildung der kirchlichen Mitarbeiter für den Pastoraldienst große Schwierigkeiten, da es oft an geeigneten Unterrichtsmöglichkeiten und -materialien fehlt. Die Bildung von Basisgemeinden, die zur Intensivierung des Glaubenslebens beitragen könnte, steckt gleichfalls noch in den Anfängen. So kann es nicht verwundern, daß viele Gläubige auf eine regelmäßige Betreuung verzichten müssen. Gerade in ländlichen Gegenden, in denen die Christen isoliert inmitten einer überwältigenden muslimischen Mehrheit leben, kann oft nur wenige Male im Jahr ein Gottesdienst gefeiert werden.

Relativ starke Präsenz im Bildungswesen

Die *Inkulturation* macht nur allmähliche Fortschritte. Zwar wurde mittlerweile die Bibel ebenso ins Urdu (das in absehbarer Zeit endgültig Englisch als Staatssprache ablösen soll) übersetzt wie das Missale, doch ist dies nur bedingt hilfreich, denn drei Viertel der Katholiken sprechen Punjabi, eine dem Urdu allerdings verwandte Sprache. Weitergehende Versuche der Annäherung an das islamische Milieu werden dagegen eher auf akademischem Niveau diskutiert, ohne daß die Aussicht bestünde, sie in naher Zukunft ernsthaft in die Praxis umzusetzen. Viele Gläubige wie auch Priester lehnen die Übernahme formaler islamischer Elemente etwa in den Gottesdienst ab. Sie fürchten nicht nur ein Aufgeben der eigenen Identität, sondern betrachten den Islam oft auch als eine „minderwertige“ Religion, von der sich das Christentum zu distanzieren habe.

Entsprechend ist die Neigung gering, sich mit der Kultur des Islam auseinanderzusetzen. Angehende Priester werden zwar z. B. mit den Grundzügen des Islam vertraut gemacht, doch kaum einer von ihnen befaßt sich später intensiver mit der muslimischen Kulturtradition Paki-

stans. So leiden auch die wenigen Kontakte zwischen Katholiken und Muslimen auf gehobener Ebene, etwa an den Universitäten, darunter, daß es nur eine geringe Zahl dafür qualifizierter kirchlicher Mitarbeiter gibt. Ansonsten beschränken sich Begegnungen zwischen Vertretern beider Religionen auf den – unvermeidbaren – alltäglichen Umgang.

Die *Distanz zum Islam* ist darüber hinaus durch die Tatsache bestimmt, daß die Kirche trotz sonstiger Religionsfreiheit nicht unter den Muslimen missionieren kann (umgekehrt ist jedoch die islamische Mission unter Christen gestattet). Selbst eine relativ weitgehende Öffnung gegenüber muslimischen Kreisen könnte hierbei schon als verkappte Missionsbestrebung aufgefaßt werden. So bleibt der Kirche nur die Glaubensarbeit unter Nicht-Muslimen, vorzugsweise unter den kleineren, abseits der Gesellschaft lebenden Bergvölkern. Konvertiten finden sich zudem in nicht geringer Zahl unter den Protestanten – gerade der Aufschwung der Kirche in den 60er Jahren beruhte auf solchen Konversionen. Der Erzbischof von Karachi, Kardinal *Joseph Cordeiro*, beklagte denn auch im April 1984 in einem Interview, daß die Missionsarbeit stark beeinträchtigt sei, weil man die Konfrontation mit der muslimischen Mehrheit vermeiden müsse. Er bedauere dies um so mehr, als manche muslimische Intellektuelle durchaus ein Interesse für das Christentum zeigten. Dies drücke sich unter anderem darin aus, daß Neuauflagen der Bibel stets nach kurzer Zeit ausverkauft seien, wobei keineswegs nur Christen als Käufer aufträten (vgl. KNA 15. 4. 84).

In dieser Lage bietet das *katholische Schulwesen* eine der wenigen Möglichkeiten, legal unter Nichtchristen zu wirken und zugleich einen Beitrag zur Entwicklung des Landes zu leisten. 1982 gab es 310 kirchliche Bildungseinrichtungen, darunter 120 Grundschulen und 80 Sekundarschulen mit etwa 80 000 Schülern (zu einem Drittel Muslime) (vgl. Echange France-Asie, L'Asie en chiffres 1982). Rund die Hälfte der Schulen unterstand der Kirche, die übrigen waren verstaatlicht, doch unterrichteten in ihnen weiterhin auch kirchliche Mitarbeiter. Angesichts des Islamisierungsdrucks ist die Position der kirchlichen Unterrichtskräfte jedoch nicht gerade beneidenswert, und so kann man verstehen, daß gelegentlich Lehrer mehr oder weniger gezwungen resignieren. Die Verstaatlichung des Schulwesens belastet die Kirche im übrigen mit einem zusätzlichen Problem, muß doch der katholische Religionsunterricht weitgehend außerhalb der Schulen erfolgen.

Einsatz in der Sozialarbeit

Von nicht geringer Bedeutung ist auch die kirchliche Sozialarbeit. 1982 gab es über 120 Einrichtungen in katholischer Trägerschaft, darunter 14 Krankenhäuser, 44 Krankenstationen sowie zahlreiche Betreuungsstellen für sozial benachteiligte Gruppen. Nicht zu vergessen ist zudem die Hilfe für die über 3 Millionen Flüchtlinge aus

Afghanistan, die allerdings – wie die sonstigen sozialen Aufgaben – kaum ohne die erheblichen finanziellen und materiellen Zuwendungen aus dem Ausland zu bewältigen wäre.

Bei aller Anerkennung, die gerade die kirchliche Bildungs- und Sozialarbeit seitens des Staates findet, bilden die Katholiken gleichwohl eine weitgehend isolierte Gemeinde von *Staatsbürgern zweiter Klasse*. Dies äußert sich nicht zuletzt darin, daß ihnen – wie anderen Nicht-Muslimen – der Zugang zu den höchsten Ämtern des Staates verwehrt ist und daß sie bei Wahlen eigene Volksvertreter wählen müssen, die sich naturgemäß gegenüber der muslimischen Mehrheit kaum Gehör verschaffen können (in der Nationalversammlung sind z. B. den Minderheiten insgesamt nur 8 Sitze reserviert).

Die Kirche steht damit letztlich vor einem nur schwer zu lösenden Dilemma. Einerseits muß sie den Zusammenhalt der Gemeinden stärken, damit diese innerhalb der muslimischen Umgebung bestehen können. Entsprechend betont sie auch die Bedeutung der Familie als einer Kernzelle des Glaubens. Andererseits birgt die Konzentration auf die innere Stärkung die Gefahr, daß die Gemeinschaft eine Getto-Mentalität entwickelt, die nicht nur das Zusammenleben mit anderen Gruppen erschwert, sondern die Kirche auch verstärkten Anfeindungen durch muslimische Gruppierungen aussetzen könnte. Ob dieses Problem zu lösen ist, hängt nicht zuletzt davon ab, inwiefern die fundamentalistischen Tendenzen innerhalb der muslimischen Gesellschaft weiter an Boden gewinnen.

Von Reislamisierung bedroht

Bereits in den frühen siebziger Jahren begann in Pakistan die verstärkte Reislamisierung des öffentlichen Lebens. Seit der Machtübernahme der Militärs im Jahre 1977 sind fundamentalistische Bestrebungen sogar offiziell Teil der Regierungspolitik. Gleichwohl wird das Land seinem Anspruch einer „Islamischen Republik“ nur bedingt gerecht. Das Alkohol-Verbot, die Indizierung pornographischer Schriften und Filme, das – keineswegs immer befolgte – Verschleierungsgebot für Frauen, die Verlegung des wöchentlichen Feiertags vom Sonntag auf den Freitag: all das sind eher *Äußerlichkeiten*, von denen zudem hauptsächlich eine kleine Schicht europäisierter Pakistanis betroffen ist. Wesentlich schwieriger gestalten sich dagegen grundlegende Änderungen. Das traditionelle islamische Recht (Sharia), das bisher neben Elementen des englischen (Kolonial-) Rechts existiert, hat letzteres bei weitem noch nicht in allen Bereichen abgelöst. Dies gilt insbesondere für weite Gebiete der Wirtschaft, wo z. B. das islamische Bankensystem nur sehr begrenzt funktioniert. Nach Plänen der Regierung sollen die Banken bis Mitte 1985 auf das Zinssystem verzichten und statt dessen ihre Kunden am Gesamtertrag der Bank beteiligen. Islamische Kritiker werfen der Regierung allerdings nicht zu Unrecht vor, daß sich damit in der Praxis kaum etwas ändert. Ohnehin werden ausländische Banken von diesen Regelungen ausgenommen bleiben.

Auch die Erhebung islamischer Steuern stößt auf Schwierigkeiten. Der traditionelle Zakat (Abgabe zur Finanzierung sozialer Maßnahmen) kann z. B. nicht von Nicht-Muslimen erhoben werden, da religiöse Gemeinschaften laut Verfassung nur insofern steuerpflichtig sind, als sie aus der entsprechenden Steuer auch Nutzen ziehen können. Im privatrechtlichen Sektor hat es zudem nur wenig Neuerungen gegeben, da diesem auch schon bisher in aller Regel islamische Rechtsvorstellungen zugrunde gelegt haben.

Um so eifriger zeigt sich der Staat, wenn es gilt, über die Reinheit der islamischen Lehre zu wachen und gegen Sektierer vorzugehen, vor allem gegen die *Ahmadiyya-Bewegung*. Diese wurde im späten 19. Jahrhundert von Ghulam Ahmad von Qadian († 1908) begründet, der sich in der Nachfolge Christi, dessen Kreuzestod er leugnete, als neuer Erlöser vorstellte. Seine ansonsten islamische Sekte lehnt das Dogma des „Heiligen Krieges gegen die Ungläubigen“ ab und setzt an seine Stelle ein allgemeines Streben nach Gerechtigkeit. Das recht hohe Niveau ihrer Bildungseinrichtungen gestattete ihr nicht nur eine ausgedehnte, auch in Europa erfolgreiche Missionstätigkeit, sondern half den Mitgliedern der Bewegung auch, zeitweilig im öffentlichen Leben Pakistans eine nicht unbedeutende Rolle zu spielen, ähnlich den Bahai im Iran. Offizielle Schätzungen geben die Zahl ihrer pakistanischen Anhänger mit 300 000 an, sie selbst spricht von 4 Millionen (weltweit 10 Millionen). Im April 1984 wurde nun der Ahmadiyya verboten, sich als islamisch zu bezeichnen oder islamische Embleme zu verwenden. Diese Maßnahme fand die ungeteilte Zustimmung orthodoxer muslimischer Kreise, stieß allerdings bei manchen Intellektuellen auf Mißfallen. Sie argwöhnten, dies sei nur ein weiterer Schritt zur allgemeinen Reglementierung des geistigen Lebens, zumal das Verbot bereits seit langem in ähnlicher Form bestand.

Festigung der Herrschaft des Militärs

Die Islamisierung des öffentlichen Lebens dient nicht zuletzt dazu, den Militärs weiterhin die Unterstützung der fundamentalistischen Muslime zu sichern. Viele, denen die islamischen Reformen nicht radikal genug sind, befürchten jedoch, daß man sie eher als Stützen des Regimes mißbraucht. Die Kontroverse um die Verfassungsänderung, auf Grund deren vielleicht im Frühjahr 1985 allgemeine Wahlen stattfinden könnten, zeigt denn auch, daß es Staatschef *Zia ul-Haq* vor allem darum geht, seine Herrschaft zu festigen.

Das Militär scheint ein *Präsidialsystem* vorzuziehen, gestützt auf ein Parlament aus direkt gewählten Volksvertretern ohne jegliche Parteienbindung, das sich leichter kontrollieren ließe (Far Eastern Economic Review, 19. 7. 84). Dies wird mit den Gegebenheiten der islamischen Lehre begründet, obwohl selbst konservative Muslime zu Recht darauf verweisen, daß auch ein Mehrparteiensystem durchaus mit dem Islam vereinbar ist. Offen-

sichtlich sollen jedoch die traditionellen islamischen Parteien ebenfalls als Machtfaktor ausgeschaltet werden, zumal etwa in der fundamentalistischen Jamaati Islami die Gegnerschaft zu Zia ul-Haq wächst, seit dieser im Frühjahr 1984 deren Studentenvereinigung nach Demonstrationen verbot. Es gibt sogar Bestrebungen, die größeren Muslim-Parteien in einer Liga zu vereinigen, um so mehr Druck auf die Regierung ausüben zu können, wenngleich man die grundsätzliche Bereitschaft zur Kooperation noch nicht in Frage stellt.

Die Diskussionen um die Verfassungsänderung bewogen die Regierung im Juni 1984, der Presse vorerst jegliche Berichterstattung über die Aktivitäten der Parteien zu verbieten. Diesen ist zwar ohnehin unter dem Ausnahmezustand jegliche öffentliche Tätigkeit untersagt, doch konnten prominente Politiker in letzter Zeit trotz allem oft genug das Wort ergreifen. Das Verbot trifft insbesondere die säkulare, eher linksgerichtete Opposition. 11 ihrer Parteien haben sich im „Movement for the Restoration of Democracy“ zusammengeschlossen, angeführt von der sozialistisch orientierten „Pakistanischen Volkspartei“. Seit deren Führer Ali Zulfikar Bhutto hingerichtet wurde und die übrigen Mitglieder seiner Familie ins Exil gehen mußten, ist sie jedoch – wie das gesamte MRD – ohne eine profilierte Führung. Die Forderungen nach einer

Rückkehr Pakistans zur Demokratie, die gerade der linken Opposition wohl wichtiger erscheint als die Islamisierung des Landes, dürfte deshalb nicht allzu schnell in Erfüllung gehen.

Dennoch kann das Militär unter Zia ul-Haq keineswegs unbesorgt regieren. Seine Herrschaft ist nicht nur durch die zahlreichen Menschenrechts-Verletzungen in Verruf geraten, sie ist auch weiterhin durch die separatistischen Tendenzen, etwa in Belutschistan, bedroht. Stabilisiert wird das Regime hauptsächlich durch außenpolitische Gefahren – die Sowjetisierung Afghanistans und die Differenzen mit Indien, die nach den Unruhen im indischen Punjab und in Kaschmir kürzlich sogar wieder zu einem kleineren Grenzgefecht zwischen Indien und Pakistan führten. Zia ul-Haq taktiert deshalb weiterhin recht vorsichtig. Er würde gerne seine Herrschaft durch seine Wahl zum Staatspräsidenten legitimieren lassen (dies könnte u. U. noch vor eventuellen Parlamentswahlen stattfinden), doch ist er sich nicht sicher, ob er wirklich einen eindeutigen Sieg davontragen würde. Zwar besitzt die Opposition bisher keinen glaubwürdigen Alternativ-Kandidaten. Dennoch ist die Zahl der Unzufriedenen im Lande so groß, daß ein nur mittelmäßiger Erfolg – der einem Prestigeverlust gleichkäme – im Bereich des Möglichen liegt.

Peter Drews

Kurzinformationen

Bei ihrer Herbstvollversammlung vom 24.–27. September in Fulda erließ die Deutsche Bischofskonferenz zahlreiche Partikularnormen zum neuen CIC. Sie betreffen u. a. die Priesterkleidung, die Ausbildungsordnung für Priester und Diakone, die Verkündigung der Glaubenslehre in Rundfunk und Fernsehen, das Erwachsenenkatechumenat, die Buß- und Fastenordnung, das Firmalter und den Eheschließungsritus. Die entsprechenden Normen wurden noch nicht veröffentlicht; sie müssen zunächst von Rom approbiert werden. Über die Modalitäten der Promulgation wird der Ständige Rat auf seiner nächsten Sitzung im November beraten. Die Bischöfe beschäftigten sich auch ausführlich mit der durch Äußerungen von Kardinal Glemp ausgelösten Diskussion über die Situation der Deutschen in Polen. Im Pressebericht über die Vollversammlung wird hervorgehoben, die Belastungen der deutsch-polnischen Geschichte müßten gemeinsam aufgearbeitet werden. Jeder Mensch, so die Bischöfe, habe ein Recht auf Seelsorge in seiner Muttersprache; das gelte für Polen in der Bundesrepublik ebenso wie für die in Polen lebenden deutschsprachigen Gläubigen. Trotz „mancher Enttäuschungen und unabhängig von einzelnen Meinungsverschiedenheiten“ blieben die Kirche in Deutschland und die in Polen solidarisch verbunden. Salomonisch-ausweichend wirkt die Formulierung: „Wir bemühen uns um ein Europa, in dem die Völker in einer solchen Einheit leben, daß bisherige Grenzfragen an Bedeutung verlieren.“ Die Vollversammlung beriet daneben auch über den Entwurf für ein *Rahmenkonzept einer Ehe- und Familienpastoral*. Nur kurz wurde über Probleme der *Gen-Technologie* gesprochen; diesem Thema soll bei der Herbstvollversammlung 1985 ein Studientag gewidmet sein. Im Frühjahr 1985 werden sich die Bi-

schöfe ausführlicher mit den Berufsperspektiven für die *Laien-theologen* befassen. Vorgelegt wurden in Fulda auch Grundpositionen einer kirchlichen *Medienpolitik*. Darin halten die Bischöfe u. a. fest: „Im Rahmen einer Teilprivatisierung des Rundfunks in der Bundesrepublik Deutschland sehen wir deshalb die konkrete Möglichkeit, mit eigenen Programmen und als selbständiger Programmveranstalter hervorzutreten.“ Die Kirchen hätten einen Anspruch darauf, daß ihnen bei der Neuordnung der Medien die gesicherte Mitwirkung bei der Trägerschaft, bei der Kontrolle und Realisierung eines Programmangebots eingeräumt werde. Das Eröffnungsreferat Kardinal Höffners in Fulda galt der Befreiungstheologie (vgl. ds. Heft, S. 496).

Vom 5. bis 7. Oktober hielt sich Johannes Paul II. in Kalabrien auf. Es war die bisher längste Reise des Papstes in eine italienische Region. In seinen wie immer zahlreichen Predigten und Ansprachen ging Johannes Paul II. häufig und ausführlich auf die *Geschichte* von Kirche und Christentum in Kalabrien ein, erwähnte Heilige und große Gestalten der Kirchengeschichte aus der Region. Er hob immer wieder das reiche christliche Erbe dieser Gegend hervor, die enge Verbindung von Glaube und Kultur als prägendes Element, das es fortzuentwickeln und angesichts der gegenwärtigen Herausforderungen zu bewähren gelte. So hob er in Catanzaro hervor, die bedeutendsten Persönlichkeiten der Gegend auf den Feldern der Philosophie, der Literatur und Kunst hätten sich immer von religiösen Werten inspirieren lassen. Dieser Reichtum dürfe nicht vergeudet werden. Ähnliche Worte fand der Papst zum Abschluß seines Besuchs in Reggio di Calabria: Das im Lauf der Jahrhunderte angesammelte Erbe müsse und könne Krite-